S 3 RA 259/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 RA 259/01 Datum 19.10.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 RA 237/01 Datum 17.07.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 19. Oktober 2001 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob die Altersrente des Klägers für langjährig Versicherte wegen vorzeitiger Inanspruchnahme zu mindern ist.

Der am 1937 geborene KlĤger beantragte am 14.08.2000 bei der Beklagten die GewĤhrung von Altersrente fýr langjĤhrig Versicherte wegen Vollendung des 63. Lebensjahres. Die Altersrente solle als Vollrente gezahlt werden mit einem Rentenbeginn am 01.01.2001 (Ende der BeschĤftigung am 31.12.2000). Mit Bescheid vom 09.11.2000 bewilligte die Beklagte dem KlĤger antragsgemĤÃ□ Altersrente ab 01.01.2001 mit einem Zahlbetrag von DM 3.563,12 monatlich. Sie führte in der Rentenberechnung aus, der Zugangsfaktor vermindere sich für jeden Kalendermonat, für den die Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch genommen worden sei, um 0,003. Die Verminderung betrage hier für zehn

Kalendermonate 0,030. Nach dem Versicherungsverlauf hat der KlĤger insgesamt eine Beitragszeit von 543 Monaten zurýckgelegt, worin fýr die Zeit vom 01.09.1964 bis 30.06.1965 zehn freiwillige Beiträge enthalten sind. Bei den übrigen Beiträgen handelt es sich um Pflichtbeiträge. Der Kläger hob hiergegen Widerspruch mit dem Ziel der Gewährung ungekürzter Rente, da die damals entrichteten freiwilligen Beiträge nach damaligem Recht Pflichtbeiträgen gleichgestanden hätten. Mit Widerspruchsbescheid vom 10.05.2001 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück.

Dagegen erhob der Klå¤ger Klage zum Sozialgericht Nå¾rnberg. Zur Begrå¾ndung få¾hrte er im Wesentlichen aus, er habe 1964 die Jahresarbeitsverdienstgrenze żberschritten und sei versicherungsfrei gewesen. Wå¤hrend der Zeit der Versicherungsfreiheit als hå¶her verdienender Angestellter habe er hå¶chste freiwillige Beitrå¤ge entrichtet und diese Beitrå¤ge wie Pflichtbeitrå¤ge angerechnet bekommen. Diese freiwilligen Beitrå¤ge dienten damals zum Erhalt der Halbdeckung und somit zur Anrechnung von Schul- und Studienzeiten und auch der Zurechnungszeit. Zusammen mit den freiwilligen Beitrå¤gen habe er å¾ber 540 Monate Beitragszeiten und må¼sse in den Genuss der Vertrauensschutzregelung des å§ 236 Abs.2 SGB VI kommen. Die Klage stå¼tze sich auch auf å§ 55 Abs.2 Satz 1 SGB VI, wo die Gleichstellung freiwilliger Beitrå¤ge mit Pflichtbeitrå¤gen geregelt sei.

Mit Urteil vom 19.10.2001 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Zur Begrýndung hat es im Wesentlichen ausgeführt, die Vertrauensschutzregelung des $\frac{A\$}{236}$ Abs.2 Satz 1 Nr.1 SGB VI sei für den Kläger nicht anwendbar, weil er keine 45 Jahre mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit zurückgelegt habe. Eine Gleichstellung freiwilliger Beiträge mit Pflichtbeiträgen wegen früherer Versicherungsfreiheit sehe das geltende Gesetz weder in A\$ 236 Abs.2 Nr.1 noch in A\$ 55 Abs.2 SGB VI vor. Der Rentenabschlag infolge vorzeitiger Inanspruchnahme der Altersrente für langjährig Versicherte sei auch verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Dagegen richtet sich die Berufung des Klägers, mit der er im Wesentlichen seine bisherige Argumentation wiederholt.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts $N\tilde{A}^{1}_{4}$ rnberg vom 19.10.2001 aufzuheben und die Beklagte unter Ab \tilde{A} mnderung des Bescheides vom 09.11.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10.05.2001 zu verurteilen, ihm die Altersrente ohne Abschlag zu gew \tilde{A} mhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf den Inhalt der beigezogenen Rentenakte der Beklagten sowie der Gerichtsakten beider Rechtszýge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die vom Kläger form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist entgegen der Rechtsmittelbelehrung des angefochtenen Urteils gemäÃ□ den §Â§ 143, 151 Sozialgerichsgesetz (SGG) zulässig, da die Höhe laufender Rentenleistungen von mehr als einem Jahr in Streit steht (vgl. Beschluss des Senats vom 06.03.2002 â□□ L 13 RA 238/01 NZB).

Die Berufung ist jedoch sachlich nicht begründet, da die Beklagte und das Sozialgericht zu Recht entschieden haben, dass der Zugangsfaktor der Altersrente für langjährig Versicherte wegen vorzeitiger Inanspruchnahme um 0,030 zu mindern ist.

Da der Klå¤ger vor dem 01.01.1948 geboren ist, kann er gemå¤å ŧ 236 Abs.1 Satz 1 Sozialgesetzbuch VI (SGB VI) grundså¤tzlich Altersrente ab Vollendung des 63. Lebensjahres beanspruchen. Da er jedoch nach dem 31.12.1936 geboren ist, wird die Altersgrenze gemå¤å ŧ 236 Abs.1 Så¤tze 2-4 SGB VI nach Maå gabe der Anlage 21 angehoben. Dies bedeutet, dass die Altersgrenze få¼r den im November 1937 geborenen Klå¤ger um elf Monate auf 63 Jahre und elf Monate angehoben wird. Der Klå¤ger hat die Rente jedoch bereits einen Monat nach Vollendung des 63. Lebensjahres beansprucht, was gemå¤å ŧ 77 Abs.2 Satz 1 Nr.2 a SGB VI zu einer Minderung des Zugangsfaktors 1,0 um 0,003 få¼r jeden Kalendermonat der vorzeitigen Inanspruchnahme få¼hrt, hier få¼r zehn Monate also zu einer Minderung um 0,030. Von der Må¶glichkeit, die Rentenminderung durch Zahlung von Beitrå¤gen gemå¤å ŧ 187 a SGB VI auszugleichen, hat der Klå¤ger keinen Gebrauch gemacht.

Der KlÄxger kann den geltend gemachten Anspruch auch nicht auf die Vertrauensschutzregel des <u>§ 236 Abs.2 SGB VI</u> stützen. Er ist zwar vor dem 01.01.1942 geboren, hat jedoch nicht 45 Jahre (540 Monate) mit PflichtbeitrÄxgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit belegt. Er hat zwar insgesamt eine Beitragszeit von 543 Monaten zurļckgelegt, doch sind hierin zehn Monate an freiwilligen BeitrĤgen (01.09.1964 bis 30.06.1965) enthalten, so dass nur 533 Monate an Pflichtbeitragszeiten vorliegen. Die in Zeiten der Versicherungsfreiheit entrichteten freiwilligen BeitrĤge kĶnne unabhĤngig von ihrer HĶhe weder PflichtbeitrĤgen gleichstehend angesehen werden noch gelten sie ļber ŧ 55 Abs.2 Nr.1 SGB VI als Pflichtbeiträge. Die Begrenzung der Vertrauensschutzregel auf Pflichtversicherte begegnet dabei ebensowenig durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken wie die Anhebung der Altersgrenzen mit der MĶglichkeit der vorzeitigen Inanspruchnahme unter Verminderung des Zugangsfaktors. Dies hat das Sozialgericht im angefochtenen Urteil ausfļhrlich und zutreffend ausgefļhrt, weshalb sich der Senat diesen Ausfļhrungen anschlie̸t und gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs.2 SGG</u> insoweit von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgrļnde absieht.

Soweit das Sozialgericht bei der Bewertung der Schwere des Eingriffes durch die GesetzesĤnderung von einer einmaligen Rentenminderung in Höhe von DM 106,89 ausgeht, ist dies zwar unzutreffend, doch ist auch eine monatliche

Rentenminderung in dieser Höhe bezogen auf den Gesamtrentenbetrag nicht unverhältnismäÃ∏ig. Der Hinweis des Klägers, dass die während der Versicherungsfreiheit als h\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\) herverdienender Angestellter entrichteten freiwilligen Beiträge früher als Pflichtbeiträge galten, ist nur bedingt zutreffend. Geregelt war dies in Art.2 § 54 a Abs.1 Angestelltenversicherungsneuregelungsgesetz (AnVNG), der jedoch wie das gesamte AnVNG durch Art.83 Nr.2 Rentenreformgesetz 1992 (RRG 92) mit Wirkung zum 01.01.1992 aufgehoben wurde mit der Folge, dass der KlÄger hieraus keine Rechte mehr ableiten kann. Auch Art.2 § 54 a Abs.1 AnVNG stellt im ̸brigen nicht generell freiwillige Beiträge Pflichtbeiträgen gleich, sondern lediglich bei Anwendung der §Â§ 28 Abs.2 Satz 2 Buchst.c (Ersatzzeit), § 32 a Abs.4 (Zurechnungszeit), § 36 Abs.3 (Ausfallzeit) und § 37 Abs.1 (Zurechnungszeit) Angestelltenversicherungsgesetz (AVG). Darüber hinaus gehende Gleichstellungen etwa einer versicherungsfreien mit einer rentenversicherungspflichtigen BeschĤftigung lieÃ∏en sich aus Art.54 a Abs.1 AnVNG nicht ableiten, wie das BSG bereits mit Urteil vom 27.06.1991 in SozR 3-2200 Nr.2 zu § 1251 ausgeführt und verfassungsrechtliche Bedenken insoweit ausdrücklich verneint hat.

Die Vertrauensschutzregel des § 236 Abs.2 SGB VI stellt ausschlieà lich auf ein Mindestmaà an Pflichtbeitrà gen für eine versicherte Beschà gftigung oder Tà gtigkeit ab, wobei es ohne Bedeutung ist, aus welchen Gründen die Beitragsentrichtung unterblieb oder weshalb freiwillige Beitrà ge entrichtet wurden. Dies mag für den Klà ger zwar unbefriedigend sein, da er aufgrund seines Verdienstes 1964/65 keine Pflichtbeitrà ge entrichten konnte, muss aber hingenommen werden, wie das Sozialgericht zutreffend ausgeführt hat, wobei eine Gleichstellung der freiwilligen Beitrà ge mit Pflichtbeitrà gen auch über § 55 Abs.2 Nr.1 SGB VI ausscheidet (vgl. Niesel in Kasskomm. Rn.14 zu § 55 SGB VI).

Die Berufung des KlĤgers kann somit keinen Erfolg haben, weshalb sie als unbegründet zurückzuweisen ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde, gem $\tilde{A}x\tilde{A}$ \tilde{A} \tilde{A}

Erstellt am: 03.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024